

# »Die Frage der Arbeitszeit wird von zentraler Bedeutung sein!«

PR-Vorsitzende Angelika Hanauer im Interview

Von Werner Pfau

■ Seit zwei Jahren ist die langjährige Personalrätin Vorsitzende des PR Schulen. Sie unterrichtet an der Wilhelm-Wagenfeld-Schule die Fächer Grafische Techniken und Biologie. Über Erfolge und Perspektiven für die nächste Wahlperiode sprach sie mit der BLZ.

## Bleibt Dir bei deinem Fulltime-Job eigentlich noch Zeit für private Leidenschaften? Zum Beispiel als Saxofonistin?

Ja, dafür bleibt wenig Zeit. Ab und zu habe ich noch einen kleinen Auftritt, muss dann aber auch kräftig dafür üben...

## Wenn Du die letzten zwei Jahre betrachtest, wo siehst du Erfolge oder Probleme der PR-Arbeit?

Ein großer Erfolg ist sicherlich, dass wir die Behörde dazu bringen konnten, die Zahl der Referendariatsplätze aufzustocken. Eigentlich hätte das, nach ihren eigenen Berechnungen, schon 2011 passieren müssen. Das Versäumnis rächt sich jetzt. Auf unseren Druck hin wurden 100 Plätze mehr eingerichtet, die Effekte müssten im nächsten Jahr bereits spürbar sein.

Weiter ist es uns gelungen, Menschen aus der Stadtteilschule herauszuholen, die kein Lehramt studieren. Sie bekamen Verträge bei der Behörde. Grundsätzlich arbeiten wir auf die Abschaffung dieses Leiharbeitssystems hin. Vertretungskräfte sollten bei der Senatorin für Kinder und Bildung beschäftigt sein. Momentan, in Zeiten des Fachkräftemangels, brauchen wir die Stadtteilschule vielleicht noch, obwohl Bremerhaven auch ohne derartiges auskommt. Auf Dauer muss sie auch in Bremen gesicherter Beschäftigung im Rahmen des Vertretungs-Pools weichen.

## Welche Schwerpunkte möchtest Du in den nächsten Jahren setzen?

Die Frage der Arbeitszeit wird von zentraler Bedeutung sein. Die Belastung durch Tätigkeiten außerhalb von Unterricht, Konferenzen oder regulären Betreuungszeiten hat massiv zugenommen. Und zwar bei Lehrkräften wie auch sonstigem pädagogischen Personal. Sie muss gesenkt werden! Sie ist schwer messbar, doch es gibt immer mehr Untersuchungen dazu. Nicht nur halten solche Zeitfresser von der Kernaufgabe – der Arbeit mit Menschen – ab. Sie überschreiten mittlerweile auch arbeitsrechtliche Schranken.

Ein anderer Schwerpunkt wird die Regelung der Teilzeit sein. Auch hier können wir uns auf Rechtsprechung stützen. Beschäftigte haben ein Anrecht darauf, dass ihr Entlastungsanspruch auch bei den ›informellen‹ Aufgaben berücksichtigt wird. Das scheint im Schulalltag nur schlecht zu funktionieren und ist daher bei uns häufiger Beratungsanlass.

Und schließlich liegt mir die Demokratisierung der Schule am Herzen. Konferenzen, auf denen heiß diskutiert wird – das sind Geschichten aus der Vergangenheit. Heutzutage herrscht eher das Modell ›Dienstbesprechung‹, bei der nicht entschieden, sondern verkündet wird. Wir möchten wieder mehr Mitsprache und -entscheidung durch das Kollegium, wie es vor der Amtszeit von Willi Lemke als Bildungssenator war. Seine Gesetzesänderungen haben mit zu dem jetzigen Zustand geführt. Wir brauchen Schulentwicklung durch die Basis – nicht von oben herab durch die Behörde.

## Wie könnte solch eine Demokratisierung aussehen?

Die Gesamtkonferenz hatte früher deutlich mehr Befugnisse, aus ihr kamen die Impulse für die Schulkonferenz. Durch die Maßnahmen unter Lemke wurden diese Rechte beschnitten zugunsten der deutlich gestärkten Entscheidungsgewalt der Schulleitungen. Es heißt beispielsweise im Schulgesetz, dass diese das Letztentscheidungsrecht in Qualitätsfragen haben. Solche Formulierungen müssen wieder gestrichen werden. Wichtige Entscheidungen



Angelika Hanauer: Die Belastung für alle Beschäftigten in den Schulen hat deutlich zugenommen.

sollten aus einem Diskurs mit den Beteiligten entstehen. Nehmen wir den oft gehörten Satz: Man muss alle mitnehmen. Ja, aber alle mitnehmen kann man nur, wenn man sie überzeugt. Und im Zweifelsfall muss die Schulleitung rechtlich verpflichtet sein, diese Überzeugungsarbeit zu leisten. Das würde zur Stärkung lebendiger Schulkulturen beitragen. Gerade in Zeiten, wo antidemokratische Strömungen weltweit wieder salonfähig werden, muss Demokratie auch in schulischen Entscheidungsprozessen spürbar sein – das ist ein Gebot politischer Bildung. Früher gab es beispielsweise die Institution der ›Urversammlung‹, einer Art Vollversammlung mit Lehrkräften und anderen Beschäftigten, Eltern sowie Schülerinnen und Schülern. Sie wurde ersatzlos gestrichen.

**Zur Frage der Arbeitszeit:  
Wo siehst du Ansatzpunkte  
für Veränderungen?**

Die Unterrichtsverpflichtung für Lehrkräfte ist zu hoch. Sie wurde in der Vergangenheit aus finanzpolitischen Gründen gesteigert. Das ging auf Kosten der Aufmerksamkeit für Schülerinnen und Schüler. Es ist unser Ziel, sie wieder zu senken. Die tagtäglich anfallende Vertretung ist eine Regelaufgabe, muss daher in der regelmäßigen Arbeitszeit enthalten sein und darf nicht als unbezahlte Mehrarbeit anfallen.

Was nun Langzeitvertretungen betrifft: Betrachtet man die Ausfallstatistik, wären 110 Prozent Personalausstattung angemessen.

**Hinzu kommt das Problem der  
außerunterrichtlichen Belastungen.  
Ein Kommentar dazu?**

Aus meiner Praxis als Lehrerin wie auch aus vielen Gesprächen weiß ich: Es gibt eine regelrechte Sehnsucht, sich wieder auf die Arbeit mit Kin-

dern und Jugendlichen, auf Bildung und Erziehung konzentrieren zu können. Dagegen stehen Dokumentationspflichten und andere bürokratische Aufgaben, die uns davon abhalten. Diese müssen auf den Prüfstand. Entweder sie werden als überflüssig gestrichen – oder auf Deputat bzw. Regelarbeitszeit angerechnet.

**Das bedeutet auch die Anrechnung  
von mehr Kooperationszeit?**

In der Tat. Im Moment gibt es im Brennpunkt eine Stunde dafür. Von der Senatorin gibt es Äußerungen, wonach sie eine Erhöhung auf drei Stunden für sinnvoll halte. Da nehmen wir sie beim Wort, fordern die Umsetzung jedoch für alle Schulen, nicht nur solche im Brennpunkt. Die bildungspolitisch ja gewünschten multiprofessionellen Teams können nur funktionieren, wenn man ihnen genügend Arbeitszeit einräumt. Für pädagogischen Austausch braucht es Muße, nicht ständigen Zeitdruck!

**Wie beurteilst du die Pläne des  
Senats, ein Qualitätsinstitut nach  
Hamburger Vorbild einzuführen?**

Ich sehe das außerordentlich kritisch. Aufgekommen ist die Idee im Rahmen eines dieser Ländervergleiche, bei dem Bremen wieder schlecht einmal abgeschnitten hat. Wir haben damals vor dem altbekannten Reflex gewarnt, sich in neue Tests und Kontrollen zu flüchten, anstatt die Bedingungen für pädagogische Arbeit zu verbessern. Nachdem wir damit nicht durchgedrungen sind, wollten wir zumindest als PR beteiligt werden, was nur mittelmäßig funktioniert hat.

Bislang gibt es eine Stabsstelle sowie einige »zarte« Arbeitsgruppchen. Und es bleiben Fragen. In Hamburg ist das Institut unabhängig, wird das in Bremen auch der Fall sein? Und wir haben gehofft, dass Lehrkräfte von Testieritis befreit werden...

Danke für das Gespräch.



**Für Beschäftigte an Gymnasien und Oberstufen fordern wir:**

1. Die Unterfinanzierung des Bildungswesens führt zu Mehrarbeit und zu großen Klassen und Kursen in häufig zu kleinen Räumen.
  2. Die Schülerschaft wird heterogener. Die entsprechenden personellen und materiellen Ressourcen müssen bereitgestellt werden.
  3. Eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung und Entlastungen für die zahlreichen zusätzlichen Aufgaben.
  4. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine Gestaltung der Arbeitszeit, die zu Entlastungen führt.
  5. Einen Arbeits- und Gesundheitsschutz, der den gesetzlichen Grundlagen entspricht.
  6. Eine Einstellungspolitik, die eine Vertretungsreserve beinhaltet und die Mehrarbeit beendet.
  7. Eine demokratische Schule, in der die Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte der Kollegien fest verankert ist.
- Von links nach rechts: Frank Zylinski, Angela Hamilton, Anneke Sonnenschein, Karen Fritsch, Christian Dirbach, Miriam Breckhoff, Monika Eichmann, Seidi Siegfried